Verfolgung von Ahmadis in Pakistan

Bericht Juni 2023

HIGHLIGHTS

- Unterstützung von der HRCP
- Akute Notlagen der Gemeindemitglieder
- Einschränkung der Religionsausübung während des islamischen Opferfestes
- Anweisungen der Landesregierung von Punjab
- Diskriminierung und Glaubenseinschränkung im Netz
- Wahlbeteiligung von Ahmadi-Muslimen



ZUSAMMENFASSUNG

<u>Unterstützung seitens internationaler Institutionen</u>

Unterstützung von der HRCP (= Human Rights Commission of Pakistan)

Rechtsanwaltschaftskammer

 Anti-Ahmadiyya-Aktivisten haben eine Vorlage für eine Strafanzeige erstellt. Ziel ist es, Strafanzeigen gegen Ahmadis vereinfacht zu erstatten, die religiöse Rituale zum Opferfest ausüben. HRCP-

Menschenrechtskommission Pakistan geht dagegen vor

Vereinten Nationen

 Das UN-OHCHR (Office of the High Commissioner for Human Rights) hat Besorgnis über die Behandlung von Ahmadis in Pakistan geäußert und bis Ende dieses Monats eine Antwort von der Regierung auf die Vorwürfe verlangt, dass die Gemeinschaft nicht die Freiheiten und Rechte genießt, die nach internationalem Recht allen Individuen unabhängig von ihrer Religion, Kaste, Glaubensrichtung oder Hautfarbe gewährt werden

Britischer Anwaltsrat

<u>Einschätzung der Lage vom Rat der britischen</u> <u>Anwaltskammer</u>

- Anwaltsrat äußert Besorgnis über die aktuellen Entwicklungen
- In vielen Teilen Pakistans müssen Ahmadi Rechtsanwälte ihre Religion aufgeben, um am Anwaltsberuf teilzunehmen
- Jeder, der sich um die Zulassung zur Anwaltskammer bewirbt, muss nachdrücklich erklären, dass er Muslim ist, und die Lehren der Ahmadiyya Muslim Gemeinschaft

und ihres Gründers Mirza Ghulam Ahmad ablehnt

- Laut Berichten der Zeitung "The Friday Times" wurden Ahmadi-Muslime auch k\u00f6rperlichen Angriffen im Gericht ausgesetzt – Der britischer Anwaltsrat kritisierte dies
- Die gezielte Diskriminierung und der Ausschluss der Ahmadis aus allen rechtlichen Ämtern ist nicht verfassungskonform, so der britischer Anwaltsrat

Akute Notlagen der Gemeindemitglieder

- Ein Ahmadi wurde aus religiösen Gründen brutal ermordet
- Ein Ahmadi-Anwalt wurde bei einem Splitterangriff schwer verletzt
- Ein Senior Ahmadi Anwalt wurde geschlagen und auf Grundlage der Blasphemiegesetze verhaftet Ein Ahmadi wurde verhaftet, weil er den Heiligen Koran gehört hat, ein weiterer Ahmadi-Amtsinhaber wurde auf Grundlage der Blasphemiegesetze verhaftet ein Richter in Lahore hat am 29. Juni 2021 den Blasphemie-Paragrafen 295-C PPC zur Anklageschrift hinzugefügt, welcher als Rechtsfolge die Todesstrafe hat
- 15 Ahmadis, wurden im Mai 2023 unter Anti-Ahmadiyya-Gesetzen verhaftet
- 26 Ahmadis wurden unter Blasphemiegesetzen verhaftet
- 9 Ahmadiyya Moscheen wurden angegriffen, Minarette einer anderen Moschee wurden zerstört
- Die Beerdigung einer Ahmadi-Frau auf einem gemeinsamen Friedhof wurde verweigert und drei Gräber wurden beschädigt Heilige Schriften aus drei Ahmadi-Häusern wurden beschlagnahmt

- Zwei Ahmadi-Schüler wurden aufgrund ihres Glaubens (Zugehörigkeit zur Ahmadiyya) von der Schule verwiesen
- Die Landesregierung von Punjab hat alle Kundgebungen unter freiem Himmel und Konferenzen der Ahmadis in Rabwah verboten

- Die Landesregierung von Punjab hat das Veröffentlichen des Korans und seiner Übersetzung verboten
- Die Provinzregierung von Punjab hat sämtliche Schriften des Gründers der Ahmadiyya verboten
- 6 Ahmadis wurden aus Glaubensgründen ermordet, womit die Zahl der Ermordungen auf insgesamt 276 seit der Erlassung der Verordnung XX anstieg.
- 19 Mordversuche, 10 Angriffe im Jahr 2022, 2 Angriffe im Mai
- Gefälschte Fälle gegen 8 Ahmadis wurden im November 2022 registriert und im Dezember wurde ein Ermittlungsbericht gegen einige Mitglieder der Ahmadiyya-Führung in Pakistan eingereicht
- Zwei neue Fälle wurden registriert, ein Ahmadi wurde im Februar 2023 verhaftet
- 13 Ahmadis sind in 6 Fällen wegen Opferungen von Tieren am islamischen Opferfest benannt, 7 von ihnen wurden verhaftet
- 2 Ahmadi-Häftlinge starben in Haft, sie waren wegen ihres Glaubens inhaftiert
- 29 Ahmadiyya-Moscheen wurden entweiht, eine

¹ Bei diesem Dokument handelt es sich um eine stark verkürzte Zusammenfassung des Monthly Report April 2023, Hrsg.: Ahmadiyya Muslim Foreign Missions, Human Rights Section (Tilford). Der genannte Hauptbericht enthält verifiziertes Bildmaterial sowie Statistiken, weshalb für weitere Einzelheiten auf diesen verwiesen wird.

- Moschee von den Behörden versiegelt. 9 wurden im Jahr 2023 angegriffen.
- 246 Gräber wurden geschändet, 180 davon im Jahr 2022. Die Beerdigung einer Ahmadi-Frau wurde verweigert, und der Friedhof wurde im November versiegelt. Die Beerdigung einer anderen Ahmadi-Frau wurde im Januar 2023 verweigert.
- Gegen 53 Ahmadis wurden neue Fälle nach den Blasphemie- und Anti-Ahmadi-Gesetzen registriert
- Heilige Inschriften von 22 Häusern und Geschäften wurden entfernt.

<u>Einschränkung der Religionsausübung während des islamischen Opferfestes</u>

- Mullahs in Pakistan sprechen Ahmadi-Muslimen die Praxis der Tieropferung im Rahmen des islamischen Opferfestes ab
- Die Behörden im Bundesland Punjab verfehlten die Sicherheit für Ahmadi-Muslime zu gewährleisten und erteilten Befehle an die Polizei, um die Glaubensauslebung der Ahmadis einzuschränken
- Daraus resultiert eine Kluft zwischen verfassungsrechtlichen Garantien einerseits und die Zweckmäßigkeit der Behörden andererseits
- In einem Fall nahmen Polizeibeamte das Fleisch des Opferfests aus dem Kühlschrank eines Ahmadis
- Die Hauptmedien haben zurückgewiesen, davon zu berichten

Anweisungen der Landesregierung von Punjab

- Nur Muslimen sei es gestattet, das Opfer(-fest) nach islamischer Tradition zu vollbringen
- Bezirkspolizeibeamte richten sich nach den Mullahs, was das Scheitern der Staatsgewalt belegt

- Diese Diskriminierungsmaßnahmen wurde von den extremistischen Elementen der Partei TLP (Tehreek-e-Labbaik Pakistan) und der Regierung von Punjab durchgeführt
- Daraus resultiert eine kontinuierlich-fortwirtende Angst bei Ahmadis
- Polizei hat Strafverfahren eingeleitet und unbegründet Ahmadis inhaftiert
- Vermutungen zur Folge wurden noch nie so viele Polizeifälle von Ahmadis in dieser Provinz registriert
- Justiz und Polizei arbeiten in Zusammenarbeit bei der strukturellen Diskriminierung von Ahmadis Dadurch, dass sich die Polizei von den Mullahs im Land beeinflussen lässt, hat sie den Fall anlässlich des Opferfestes gegen die Ahmadis registriert, wobei sie den schweren Paragrafen 295-A des pakistanischen Strafgesetzbuches angewendet hat, der eine Strafe von bis zu 10 Jahren Haft vorsieht und ein Verfahren vor einem Anti-Terror-Gericht erlaubt
- Mullahs, hauptsächlich von den Organisationen der TLP und Khatm-e-Nabuwwat, standen an vorderster Front dieser Kampagne, um den Ahmadis ihre grundlegenden Rechte zu verweigern
- Es wurden 23 Anträge und Beschwerden bei verschiedenen Polizeistationen eingereicht
- Die Polizei des Bundeslandes Punjab belästigt Ahmadis an 89 Orten willkürlich
- An 4 Orten wurde Ahmadis das Gebet zum Opferfestverweigert
- Die Polizei durchsuchte 5 Häuser von Ahmadi-Muslimen
- Ein TLP-Anführer bestätigt, dass die Polizei zugesagt hat, dass Ahmadis keine Gebete oder Rituale durchführen dürfen, ansonsten folgen rechtliche Konsequenzen
- Die Zivilgesellschaft unterstützt durch Intoleranz den gesellschaftlichen Ausschluss der Ahmadis

- Auch Anwaltsvereinigungen führen an, Briefe an die Behörden zu schreiben, um Ahmadis das Ritual des Opferfestes (die Begehung des Tieropfers) zu verbieten Des Weiteren genießt Pakistan wirtschaftliche Anreize (z.B GSP+), welche direkt an die Einhaltung des völkerrechtlich verbindlichen Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte geknüpft sind
 - Selbst die Freilassung gegen Kaution, welche in vielen Fällen die letzte Option darstellt, bleibt oft erfolglos, sodass die Kautionsanträge abgelehnt werden
 - Eine historische Auflistung zeigt im Bericht die kontinuierliche Zusammenarbeit der TLP mit der pakistanischen Regierung. Trotz des kurzzeitigen Verbots der TLP nahm sich diese Organisation zur Aufgabe, Ahmadi-Muslime aus der Gesellschaft zu drängen, beispielsweise durch das Bestreben sie von Wahlen auszuschließen oder die Moscheen der Ahmadiyya-Gemeinde zu zerstören

<u>Ein 12-Punkte-Abkommen wurde von der Regierung und der TLP</u> unterzeichnet

- Das Abkommen sichert schnelle Prozesse für Blasphemie-Angeklagten und zügige Entscheidungen über Berufungen gegen Urteile
- Institutionen, die mit Blasphemie-Fällen umgehen, werden gestärkt und eine Anti-Blasphemie-Einheit unter dem FIA wird eingerichtet
- Personen, die der Blasphemie beschuldigt werden und nach Section 295-C des Pakistan Penal Code angeklagt sind, werden auch nach dem Anti-Terrorismus-Gesetz von 1997 angeklagt

Diskriminierung und Glaubenseinschränkung im Netz

 Unter der Adresse @Riaz_Hussain77 twittert und hetzt eine neuer Hassprediger gegen Ahmadis, der sich selbst RH Riaz nennt

- Das Cyber-Crime-Department Pakistans in Lahore, das unter der Bundesuntersuchungsbehörde (FIA) arbeitet, verhaftet Ahmadis, wenn sie über soziale Medien Ahmadiyya-bezogene Inhalte teilen
- Laut PTA (Pakistan Telecommunication Authority) wird jede Website in Pakistan, die Ahmadis als Muslime darstellt, blockieren
- Die Pakistan Electronic Media Regulatory Authority (PEMRA) hat angeordnet, dass Ahmadi-Kanäle (TV-Sender MTA) von keinem Verteilungsdienstlizenznehmer übertragen werden dürfen

Wahlbeteiligung von Ahmadi-Muslimen

<u>Um an Wahlen teilnehmen zu können, werden Ahmadis auf</u> separate Wählerlisten gesetzt und haben die Wahl:

- Auf der Liste bleiben und als Nicht-Muslim abstimmen (erfordert die Akzeptanz des Nicht-Muslim-Status)
- Von der Liste abtreten und als Muslim abstimmen; erfordert die Unterzeichnung einer die Lehren der Ahmadiyya leugnenden und verleumdenden Erklärung